



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 20.11.2008

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales  
am Mittwoch, 26. November 2008, um 17:45 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt ( höchstens 15 Minuten )-

## Tagesordnung

1. **08-A-16-0002**  
Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen
2. **08-F-25-0068** **ANLAGE**  
Umsetzung des Kindergesundheitsschutz-Gesetzes  
*- Bericht des Dezernates VI vom 1.9.2008 -*
3. **08-F-25-0032** **DL 43/08-1**  
Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter 3 Jahren  
*- Bericht des Dezernates VI vom 8.10.2008 -*

4. **07-V-51-0027** **DL 14/08-1, 29/07-5 , 24/07-4, ANLAGE**

Bildung lokaler Netzwerke Kita - Grundschule  
- *Schreiben des Dezernates VI vom 8.10.2008* -

5. **08-V-51-0056** **DL 41/08-6**

Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II - Jahresbericht 2007 -

6. **08-V-51-0054** **DL 48/08-3**

Beschäftigungsprogramm gemäß § 16a SGB II bei dem Caritasverband Wiesbaden- Rheingau-Taunus e. V. und Jugendhilfezentrum Johannesstift GmbH

7. **08-F-25-0137**

Wohngeld und Übernahme der Wohnkosten nach dem SGB II  
-Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und FDP vom 19.11.2008 -

Zum 1.1.2009 wird ein geändertes Wohngeldgesetz und eine Änderung bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II in Kraft treten.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat gebeten über mögliche Auswirkungen auf die Stadt zu berichten.

Der Sozialausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche der vorgesehenen Änderungen der o.g. Gesetze haben konkrete Auswirkungen auf die kommunale Ebene?
2. Mit welchen finanziellen Be- bzw. Entlastungen für den städtischen Haushalt ist aufgrund der o.g. Gesetzesänderungen beim Wohngeld bzw. bei den Kosten der Unterkunft und Heizung zu rechnen? 3. Wie viele Haushalte in Wiesbaden erhalten Leistungen nach dem Wohngeldgesetz und wie viele Haushalte haben Anspruch auf die Wohnungskosten gemäß SGB II? Wie hoch sind die Mittel die die Stadt jeweils dafür aufwenden muss?
3. Wie viele dieser Haushalt sind in welcher Art und Weise und ggfs. in welcher Höhe von den Wohngeldänderungen bzw. den Änderungen bei den Kosten für Unterkunft und Heizung betroffen

**8. 08-F-06-0059**

Situation von Wohnungslosen in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 19.11.2008 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

Wie hoch ist die Zahl der  
a) Wohnungslosen  
b) Obdachlosen  
in Wiesbaden?

Wie verteilen sich diese auf  
- Männer und Frauen  
- Erwachsene und Minderjährige?

Wie viele Personen waren jeweils zu den Stichtagen 01.11.2008 in den folgenden Unterbringungsformen untergebracht:

1. in städtischen Obdachlosenwohnungen
2. in Pensionen
3. in Heimen (z.B. Männerwohnheim Schwarzenbergstraße)
4. wohnungslose Personen ohne Obdach

Wie lauteten die Vergleichszahlen zum Stichtag 01.11.2007?

Wie viele Personen haben im laufenden Jahr bereits stationäre Hilfen nach §67ff SGB XII in Anspruch genommen? Wie viele Personen waren es 2007?

Über wie viele Wohnungen verfügt die Stadt Wiesbaden zur Unterbringung von Wohnungslosen? Wie ist die Auslastung?

Mit wie vielen Pensionen im Stadtgebiet bestehen Beherbergungsverträge über wie viele Betten insgesamt?

Wie viele Personen waren im laufenden Jahr von Kündigungen und Räumungsklagen betroffen? In wie vielen Fällen wurden mit welchem Gesamtaufwand (in €) Mietrückstände übernommen um Wohnungslosigkeit zu vermeiden? Wie viele Zwangsräumungen wurden tatsächlich durchgeführt? (bitte auch Vergleichszahlen von 2007)

Welche Anlaufstellen stehen Wohnungslosen zur Verfügung? An wen können sich akut von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen wenden?

Gibt es ein Winterhilfsprogramm?

Wenn nicht, wird der Magistrat gebeten, dem Sozialausschuss zeitnah ein Konzept vorzulegen.

Aufgrund der detaillierten Fragestellungen wird der Magistrat gebeten, auch einen schriftlichen Bericht vorzulegen.

9. 07-F-25-0019 ANLAGE  
Prävention - Mobilität im stationären Altenpflegebereich  
*- Bericht des Dezernates VI vom 14.10.2008 -*
10. 08-F-25-0089 ANLAGE  
Bedarfsgerechte Weiterbildung in der Altenpflege  
*- Bericht des Dezernates VI vom 8.10.2008 -*
11. 08-F-25-0112 ANLAGE  
Betreutes Wohnen für Senioren  
*- Protokollnotiz Nr. 0181 des Ausschusses für Soziales vom 29.10.2008 -*
12. 08-F-01-0080 DL 49/08-1  
Forum Demenz  
*- Bericht des Dezernates VI vom 15.10.2008 -*
13. 08-V-20-0062 DL 48/08-1  
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
14. 08-V-03-0020 DL 49/08-1 NÖ  
Gründung einer Gesellschaft für spezielle Pflege (HSK Pflege GmbH)
15. 08-A-16-0001  
Bericht des Sozialdezernenten
16. **Verschiedenes**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers  
Vorsitzender